



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 27. Oktober 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 30. Oktober 2023

Fokusthema: **Ablösung des NOK-Gründungsvertrags**

Der Kantonsrat wird sich am Montag mit zahlreichen Vorstössen aus der Zuständigkeit der Direktion der Justiz und des Innern (Vormittag) und der Baudirektion (Nachmittag) auseinandersetzen. Das Spektrum der Themen reicht von der Medien- und der Kulturförderung über die Überwachung mit Gesichtserkennung bis zur Kreislaufwirtschaft. Das gewichtigste Geschäft ist aber die Ablösung des NOK-Gründungsvertrags. Es ist auf Beginn der Nachmittagsitzung (14:30 Uhr) angesetzt.

Digitale Verwaltung, KESB-Entscheide und Theaterkredit

Zu Beginn der Vormittagsitzung befasst sich der Rat in zweiter Lesung mit den neuen Grundlagen für den elektronischen Geschäftsverkehr mit und unter den öffentlichen Organen des Kantons ([5853](#)). Die Bereinigung der Vorlage gemäss Antrag der Redaktionskommission dürfte Formsache sein.

Anschliessend geht es um den per Postulat geforderten Bericht des Regierungsrates zum Stand der Digitalisierung in der Verwaltung und zu einer allfälligen übergeordneten Digitalisierungsstrategie ([5788](#)). Eine übergeordnete Strategie hält der Regierungsrat nicht für sinnvoll, weil damit die Autonomie der einzelnen Akteure eingeschränkt würde. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) war sich nicht einig, ob man auf einer Dachstrategie beharren will. Sie verzichtete aber auf eine abweichende Stellungnahme und beantragt einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Nicht einstimmig gefasst hat die STGK hingegen ihren Ablehnungsantrag zu einer parlamentarischen Initiative der Grünen, mit der Kantonsrätin Silvia Rigoni verlangt, dass statt der Bezirksräte neu die Bezirksgerichte Beschwerden gegen KESB-Entscheide beurteilen sollen ([KR-Nr. 234/2017](#)). Die Kommissionsmehrheit hält die heutige Lösung zwar auch für ungenügend, will aber die angekündigte Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht abwarten. Uneins war sich ausserdem die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beim Rahmenkredit für das Theater Kanton Zürich. Die Mehrheit beantragt wie der Regierungsrat 16,8 Millionen Franken für die kommende Vierjahresperiode. Eine von FDP und SVP getragene Minderheit will den Kredit auf 15 Millionen Franken kürzen ([5906](#)).

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden) 079 831 60 67

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) 078 610 16 61

Minderheit Theaterkredit: Marc Bourgeois (FDP, Zürich) 079 219 95 38

Postulate unter anderem zur Finanz-, Medien- und Kulturpolitik

Im Reigen der Vorstösse wird der Rat unter anderem über die Überweisung mehrerer Postulate entscheiden. Sie stehen zur Debatte, weil entweder der Regierungsrat sie ablehnt oder sich jemand bei der ersten Traktandierung im Rat gegen eine diskussionslose Überweisung gestellt hat. Letzteres ist beispielsweise beim ersten Postulat auf der Traktandenliste der Fall. FDP-Kantonsrat André Müller fordert damit die Regierung auf, zu prüfen, wie eine Gemeinde freie, nicht zweckgebundene finanzpolitische Reserven bilden kann, auch wenn sie diese nicht im ordentlichen Budgetprozess budgetieren konnte ([KR-Nr. 438/2020](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen, ein Mitglied der Grünen aber beantragte die Ablehnung.

Weitere Postulate, die voraussichtlich behandelt werden, sind jenes der Grünen Karin Fehr Thoma, die ein Konzept zu Massnahmen für die Medienvielfalt und -qualität verlangt ([KR-Nr. 206/2021](#)), jenes des SVP-Vertreters Paul von Euw, der in der Kulturförderung statt der Beiträge für Institutionen ein Rückerstattungssystem für das Publikum bzw. Kulturgutscheine für jedermann vorschlägt ([KR-Nr.](#)

[366/2021](#)), und jenes der Grünen Jeannette Büsser, die die Schaffung eines Erbteilungsamts fordert, das Erben und Erben bei der Nachlassregelung unterstützt ([KR-Nr. 27/2023](#)). Auch bei den der Baudirektion zugeordneten Geschäften am Nachmittag sind noch Postulate traktandiert. Als Erstes jenes von EDU-Kantonsrat Hans Egli, der dem «Humus-Tourismus» Einhalt gebieten will ([KR-Nr. 202/2022](#)), und anschliessend jenes der Grünliberalen Daniela Sun-Güller, die Massnahmen zur Begrünung sowie Kühlung und Lüftung der Schulen verlangt ([KR-Nr. 239/2022](#)).

André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38
Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) 078 610 16 61
Paul von Euw (SVP, Bauma), 079 126 91 91
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56
Hans Egli (EDU, Steinmaur), 076 526 79 26
Daniela Sun-Güller (GLP, Zürich) 079 378 53 36

Motionen zu Sexualdelikten, zu Beistandschaften und zu Überwachungsmassnahmen

Motionen sind im Unterschied zu Postulaten nicht bloss Prüf- oder Berichterstattungsaufträge, sondern verpflichten den Regierungsrat, eine konkrete Vorlage auszuarbeiten. Die SVP fordert mit einer von der früheren Kantonsrätin Maria Rita Marty übernommenen Motion eine Vollzugsnorm für die Untersuchung von Sexualdelikten, die den Beizug von Sachverständigen vorsieht. Sie sollen mit Gutachten einen Beitrag dazu leisten, diese häufig schwierig zu ermittelnden Sachverhalte aufzuklären ([KR-Nr. 159/2021](#)). Ebenfalls aus den Reihen der SVP, nämlich von René Isler, stammt der Vorschlag, Eltern oder Kinder, die Angehörige im selben Haushalt als Beiständin oder Beistand betreuen, von den Verfahrensgebühren zu befreien. Von der Grünen Wilma Willi kommt die Forderung, Massenüberwachung im öffentlichen Raum mit Gesichtserkennung zu verbieten ([KR-Nr. 329/2022](#)). Die Grünen präsentieren ausserdem ein Vorstosspaket zu Massnahmen im Sinne der Kreislaufwirtschaft, darunter drei Motionen: Konkret geht es dabei um Grünabfallsammlungen und -verwertungen für Biogas und Kompost in allen Gemeinden ([KR-Nr. 344/2022](#)), um die Senkung der grauen Treibhausgas-Emissionen bei Neubauten ([KR-Nr. 345/2022](#)) und um die Wiederverwertung von Baumaterialien ([KR-Nr. 346/2022](#)). Für weitere Vorstösse, darunter auch die Interpellationen, die mit der Diskussion im Rat erledigt werden, konsultieren Sie bitte die unten verlinkte Traktandenliste.

René Isler (SVP, Winterthur) 079 2201 53 32
Wilma Willi (Grüne, Stadel) 044 858 19 81
Florian Heer (Grüne, Winterthur) 078 912 13 41
Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) 079 749 10 54

Ablösung des NOK-Gründungsvertrags

Die ausführlichste Debatte ist zur Ablösung des Gründungsvertrags der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) zu erwarten ([5813](#)). Es ist der zweite Anlauf, diesen bald 110 Jahre alten Vertrag durch einen Aktionärsbindungsvertrag und eine Eignerstrategie der Aktionäre der Axpo-Holding zu ersetzen. Die erste Vorlage hatte sich als nicht mehrheitsfähig erwiesen. Kritisiert worden war vor allem, dass die Eigentümerstrategie den Verkauf von grossen Wasserkraftwerken und Stromnetzen nicht ausschloss und zentrale Bestimmungen im Aktionärsbindungsvertrag wie auch die Eignerstrategie befristet waren. In der angepassten Vorlage wurde den wichtigsten Kritikpunkten der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) Rechnung getragen. Die KEVU beantragt jetzt einstimmig, der Ablösung des Vertrags zuzustimmen. In den Einzelheiten aber ist das Geschäft umstritten, was sich in verschiedenen Minderheitsanträgen zeigt. So sei unter anderem der Auftrag der Aktionärsvertretungen, beispielsweise hinsichtlich der Eigentümerschaft der Netzinfrastruktur und Kraftwerke oder auch der Klimaziele, klarer zu formulieren und die Mitsprache des Kantonsrates auszuweiten (vgl. auch die [Medienmitteilung](#) der KEVU).

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84
Minderheit SVP: Paul von Euw (SVP, Bauma), 079 126 91 91
Minderheiten FDP: Sarah Fuchs (FDP, Meilen), 076 405 29 72
Minderheit GLP: Franziska Barmettler (GLP, Zürich), 079 796 61 55
Minderheit Grüne: David Galeuchet (Grüne, Bülach), 079 784 31 39

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37